

Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB): Was unternimmt der Gemeinderat zur Erhaltung der Medienvielfalt in Bern?

In diesen Tagen wurde bekannt, dass die Zeitung „Bund“ in der heutigen Form spätestens ab Mitte 2009 nicht mehr existieren wird. Geprüft wird vom Verlagshaus „Tamedia“ eine Zusammenlegung mit dem „Tages-Anzeigers“ oder eine Verschmelzung von „Bund“ und „Berner Zeitung“.

Zu Recht kommentierte Roger Blum, Professor für Medienwissenschaften an der Universität Bern, dass es für die Bundesstadt eine „Katastrophe“ wäre, „wenn es nicht mehr zwei Zeitungen gäbe, die publizistisch im Wettbewerb stehen“.

Im vollen Bewusstsein der beschränkten Handlungsmöglichkeiten der Stadtregierung wird der Gemeinderat angefragt:

1. Was hat der Gemeinderat bis jetzt zur Erhaltung der Medienvielfalt in der Stadt Bern unternommen?
2. Die „Mittelland-Zeitung“ etwa ist mit der „Berner Rundschau“ und dem „Langenthaler Tagblatt“ bereits im Kanton Bern vertreten. Ist der Gemeinderat bereit, neben seinen Kontakten mit der Tamedia als Eigentümerin der beiden in der Stadt Bern erscheinenden Zeitungen auch mit anderen Verlagshäusern der deutschsprachigen Schweiz Kontakte aufzunehmen?

Begründung der Dringlichkeit:

Bis Mitte 2009 spätestens sollen die Entscheide fallen.

Bern, 04. Dezember 2008

Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB), Rolf Zbinden, Urs Frieden, Cristina Anliker-Mansour, Lea Bill, Anne Wegmüller, Christine Michel, Emine Sariaslan, Markus Lüthi, Christof Berger, Ruedi Keller, Andreas Flückiger, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Beat Zobrist, Andreas Krummen, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Ursula Marti

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrates bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Die traditionellen Tageszeitungen befinden sich in einem schwierigen Spannungsfeld. Einerseits haben sie eine demokratiepolitische Aufgabe zu erfüllen, indem sie mit ihrer Berichterstattung und Kommentierung Öffentlichkeit herstellen und den politischen Diskurs mit moderieren. Insofern sind sie zentral für das Funktionieren einer Demokratie und leisten einen wichtigen Service Public. Andererseits sind Bezahlzeitungen ein Produkt, das sich am Markt zu behaupten hat. Um zu rentieren, müssen sie das bieten, was sich verkaufen lässt. Sie haben somit auch unternehmerischen Erfordernissen zu gehorchen.

Die Bezahlzeitungen sind immer weniger in der Lage, beide Funktionen gleichwertig zu erfüllen. Insbesondere seit der Lancierung von Gratiszeitungen geraten sie kommerziell immer stärker unter Druck. Die Verlage reagieren darauf, indem sie bei den Redaktionen den Rotstift ansetzen und damit die demokratiepolitische Funktion der Bezahlzeitungen schwächen. Nicht mehr der Wettbewerb der Ideen und die publizistische Leistung stehen im Zentrum, sondern die Zeitung als Ware.

Diese Entwicklung manifestiert sich auch auf dem Platz Bern. Obwohl Bern mit dem „Bund“ und der „Berner Zeitung“ nach wie vor über zwei Tageszeitungen verfügt und damit die Voraussetzungen für einen publizistischen Wettstreit vorhanden sind, ist schon heute ein schleichender Verlust an journalistischer Meinungsvielfalt festzustellen.

Diese Entwicklung dürfte sich verschärfen, falls es nicht gelingt, den „Bund“ als eigenständiges Blatt zu erhalten. Denn ohne Pressekonkurrenz und mit nur noch einer Bezahlzeitung auf dem Platz Bern droht ein Meinungsmonopol, zumal die Gratiszeitungen keine Kommentarkultur pflegen. Falls der „Bund“ eingestellt werden muss, wird sich der Gemeinderat daher dafür einsetzen, dass er in den „Tagesanzeiger“ eingebettet wird. Damit wäre zumindest auf regionaler und kantonaler Ebene publizistische Meinungsvielfalt gesichert. Eine Fusion des „Bund“ mit der „Berner Zeitung“ hingegen erachtet der Gemeinderat aus demokratie- und medienpolitischen Gründen als problematisch.

Zur Frage 1:

Staatliche Presseförderung ist in der Schweiz nicht mehrheitsfähig. Daher verfügt der Gemeinderat über keinerlei Instrumente, die es ihm erlauben würden, einen entscheidenden Beitrag zur Erhaltung der Medien- und Meinungsvielfalt zu leisten. Er kann somit nur an die Verantwortlichen der Tamedia AG appellieren, den „Bund“ nicht aufzugeben. In diesem Sinne hat sich der Stadtpräsident am 12. Januar 2009 mit Martin Kall, Vorsitzender der Tamedia-Unternehmensleitung und Leiter des Bereichs Espace Media, getroffen und ihm seine Haltung dargelegt. Dabei betonte er, wie wichtig es ist, dass in der Bundesstadt weiterhin zwei Tageszeitungen mit eigenständigen Redaktionen erscheinen. Daneben sind der Stadtpräsident sowie zwei weitere Gemeinderatsmitglieder im Komitee „Rettet den Bund“ vertreten.

Ferner leistet die Stadt Bern auf verschiedenen Ebenen indirekt einen Beitrag zur Medienvielfalt. Dazu gehört etwa die Publikation des Anzeigers der Region Bern mit der darin integrierten Kulturagenda und die Subventionierung der Quartierorganisationen, von der letztlich auch die Quartierblätter profitieren. Zudem unterhält die Stadt einen Informationsdienst, der unter anderem den Auftrag hat, die Medien in der Erfüllung ihrer publizistischen Aufgabe zu unterstützen.

Zur Frage 2:

Der Gemeinderat erachtet eine Kontaktaufnahme mit anderen Verlagshäusern in der Deutschschweiz als wenig hilfreich. Sollten neue Investierende für den „Bund“ auftreten, ist er aber bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten Unterstützung zu leisten, etwa in ideeller Form und durch die Vermittlung von Gesprächspartnern und Kontakten. Der Gemeinderat geht aber davon aus, dass andere Verlagshäuser die Entwicklung auf dem Platz Bern sehr wohl aufmerksam verfolgen und sich bei Bedarf selbst einbringen.

Sollte der „Bund“ mit der „Berner Zeitung“ zusammengelegt werden und eine Monopolsituation entstehen, so wird sich der Gemeinderat dafür einsetzen, dass zur Erhaltung der Meinungsvielfalt eine ähnliche Institution eingeführt wird, wie sie heute etwa im Zusammenhang mit dem St. Galler Tagblatt existiert. Das entsprechende Modell sieht vor, dass eine be-

kannte, unabhängige und fachlich versierte Persönlichkeit die journalistischen und redaktionellen Leistungen der Monopolzeitung laufend mitverfolgt und in einem periodisch erscheinenden Artikel kritisch beleuchtet und würdigt und damit für mehr Pluralität im Blatt sorgt.

Bern, 28. Januar 2009

Der Gemeinderat